

Saale-Zeitung.

Sechshunddreißigster Jahrgang.

Nr. 321.

Salte a. d. Saale, Sonnabend, den 12. Juli

1902.

Bezugspreis

für Halle wöchentlich 2,50 M., bei vierteljährlicher Zustellung 7,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Bezugsamt unter Nr. 6555 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: J. B. Oswald Kühn in Halle. Erscheint von 10^h bis 12^h Uhr. (Zerstreuer: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 176.)

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unten Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntes die Seite 75 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal, Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Politische Wochenschau.

Das Schweigen im Walde der Politik breitet sich mehr und mehr aus und die Hölle, die durch die Parlamentsferien angebrochen ist, wird kaum geföhrt durch jene behauerswerten 28, die als Zolltariffkommission sich mehr oder minder gut die Zeit vertreiben. Von 946 Tarifnummern sind ja nun glücklich 585 erledigt. Warum sollte nicht auch einmal der Tag kommen, an dem die letzte Position durchberaten und angenommen oder abgelehnt wird? Dann ist die erste Leistung beendet und die Kommission hat Gelegenheit, ihre vielseitige und belehrende Thätigkeit in der zweiten Lesung bei - Position 1 wieder zu beginnen. Es verlannt schon, man wolle auf die zweite Kommissionslesung überhaupt verzichten, und der Regierung hat sich wieder einmal heftige Transparenz benachdigt. Es erscheint ja allerdings den meisten Sterblichen ein furchtbarer Gedanke, daß der fast tausendseitigen Tarifpyramide von neuem jedes einzelne Haupt vom Kumpfe getrennt werden soll, daß die Beratungen über die einzelnen Positionen von neuem begonnen werden müssen, wobei die bekannten Zeitfaktoren der Parteien gleichfalls von neuem vorgeführt werden. Aber die Regierung hat die Suppe eingekocht, sie möge sehen, wie sie ausgelöffelt wird. Zu verwundern ist es eigentlich nicht, daß er kommen mußte, der Gedanke nämlich, daß die Mededauer auf 30-40 Minuten eingebracht werden soll. Doch ist der Plan einer solchen Verringerung der Geschäftsordnung nicht allein als höchst bedenklich im Prinzip abzulehnen, sondern es sei hierbei erinnert, daß nicht alle Redner, die lange, oft sehr lange sprechen, Schwäger sind, und wir finden oft, daß die berühmten Reden unserer bedeutendsten Parlamentarier mehrere Stunden gedauert haben. Doch die Beratungen der Zolltariffkommission sollen uns die ruhigen Tage der großen parlamentarischen Ferien nicht föhren und die wichtigen Fragen innerpolitischer Natur mögen im großen und ganzen eine Zeitlang schweigen. Wähler und Zeitungsleser möchten auch ein wenig anfangen und neue Kräfte sammeln zu dem entscheidenden Kampfe, den die wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes durchzumachen hat.

Auch die Fürsten scheinen zu Hause gegenwärtig wenig wichtige Regierungsangelegenheiten vorzufinden und begeben sich daher auf Reisen. Kaiser Wilhelm durchkreuzt mit der „Hohenzollern“ das Meer und besucht wie alljährlich das herrliche normannische Eiland zur Zeit der Witternachtsionne. Auch unternimmt man von einer Zusammenkunft unseres Kaisers mit Englands König zwar nicht in London, sondern auf hoher See, vielleicht bei Helgoland. Kaiser Wilhelm wolle persönlich dem Geseandten seine Glückwünsche aussprechen. Offiziell ist diese etwas unwahrscheinlich klingende Meldung nun noch nicht, der Großherzog von Oldenburg aber ist auf seiner Nacht „Gobian“ in Peterhof zum Besuch eingetroffen, und den König von Italien, Viktor Emanuel III. führt der Güter durch Deutschland nach Russland, wobei er auch die Stadt Halle heute nachts passierte. Wie erwähnt, ist der Besuch des jungen Königs an der Rhema nicht ohne politische Bedeutung. Seine Anknüpfung erfolgte fast unmittelbar auf die Veröffentlichung des neuen, unveränderten Dreibund-Vertrages, und wenn König Viktor Emanuel nunmehr seine Reise unternimmt, so zeigt er sich damit gleichfalls als ein Friedensfürst. Italien dokumentiert wieder aus neue, daß es auch außerhalb des Dreibundes freundschaftliche Beziehungen pflegen will. Daher sind einige häßliche Bemerkungen, die aus Frankreich herüberfliegen, ohne jede Berechtigung. Deutschland kann sich über die guten Beziehungen seiner Bundesmitglieder zu anderen Mächten gewiß freuen, und außerdem ist überhaupt noch zu bedenken, daß durch die längst getroffenen Dispositionen Kaiser Wilhelms für die Nordlandsfahrt ein Zusammenreffen der beiden Monarchen zu jeder Zeit nicht möglich war. Gerade aber die Reise des italienischen Königs kurz nach der Dreibunderneuerung giebt, wie gesagt, diesem eine weitere Bedeutung, gewissermaßen eine neue Bestätigung. Auch möchten wir diejenigen Herren Franzosen, denen der neue Dreibund nicht recht zu liegen scheint, gegenüber ihren Bemerkungen daran erinnern, daß auch „Ihr Jar“ ja bei seinem vorläufigen Besuch in Frankreich vorher auf der Rhede von Danzig mit dem Kaiser Wilhelm zusammentraf. Wir sind in Deutschland über die gedachte Nebenfolge der Besuche Viktor Emanuel's durchaus nicht froh, sehr vielmehr mit Befriedigung auf die Politik Italiens an der Rhema, die sich aufgeben hat, und gestützt auf den Dreibund, als gewöhnlicher Wachsfaktor ältere gute Beziehungen zu erhalten und neuere anzuknüpfen bemüht ist.

Wenn nun der bewaffnete Friede seinen theuer bezahlten Zweck zur Zeit in der äußeren Politik erfüllt, so haben wir in der inneren Politik von seinen Segnungen weniger zu spüren. Wobin die Folgen der jüngsten Note Russlands zur Brüsseler Zuderkonvention führen werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Russland behauptet, daß es weder direkt noch indirekt Prämissen für den Export seines Zuders abgeleitet hat, und daß es auch nicht nötig, der Konvention beizutreten. Sollte dennoch einer der an der beteiligten Staaten gegen russischen Zuder einen hohen Zoll in Anwendung bringen, so würde diese Maßnahme eine Verletzung der Weltbegünstigungsverträge bedeuten, die Russland bekanntlich mit allen den Staaten abgeschlossen hat, die der Konvention angehören. Russland läßt also durchblicken, daß ein Zollzuschlag auf

seinen Zuder als ein Bruch der Handelsverträge aufgefaßt werden würde. Der Schluss der Note sagt: „Sollte die Regulierung der Inlandspreise für Zuder, wie sie die russische Regierung ausübt, bei den Mächten die Annahme erwecken, daß dadurch der natürliche Wettbewerb auf dem Weltmarkt gehöhrt werde, so würde Russland gern bereit sein, darüber mit den Mächten gemeinsam zu beraten.“ Sehr schön, wenn der natürliche Wettbewerb sich nur in dem Maße, daß die russische Regierung sich mehr oder weniger in ihrer Disposition gestellt wurde. Das ist nun eben so denkbar wie unheimlich, und die Verhandlung in der so notwendigen Handelspolitik der Staaten ist durch Russlands Stellungnahme keineswegs erleichtert. Wenn nun auch der russischen Zuderproduktion eine internationale Bedeutung kaum zugeprochen werden kann, - repräsentiert doch die gesamte Ausfuhr nur einen Wert von etwa 16 Millionen Rubel - so wird doch das Verhalten Russlands von den Gegnern der Konvention in den Staaten, deren Parlamente sie noch nicht angenommen haben, sicher als weiteres Kampfmittel benutzt werden. Wir Deutsche sind dessen entbunden, und wenn Russlands Zuderproduktion bedeutend anwachsen sollte, was freilich nicht von heute auf morgen geschehen kann, so werden sich auch Mittel zur Verhinderung der Ueberschwemmung unseres Marktes finden lassen. Russlands offenbare Absicht, die Konventionstaaten abzuweichen, sich mit der russischen Zuderfrage zu beschäftigen, wird aller Voraussicht nach nicht erreicht werden. Der Wert der Konvention bleibt für die beteiligten Staaten aber trotz alledem der gleiche, groß und es bleibt abzumachen, ob Russland nicht selbst schließlich den Schaden aus seiner ablenkenden Haltung tragen wird. Neue Meldungen lassen bereits auch durchblicken, daß Russland doch schließlich der Konvention beitreten wird.

Somit ist vom Ausland wenig zu berichten. Das gleiche politische Ruhebedürfnis wie im lieben Deutschland scheint auch in den übrigen Staaten zu herrschen, und es ist zu wünschen, daß nichts die friedliche Stille unterbrechen möge. König Eduard VII. erholt sich thätig, und man darf wohl alle alarmierenden Gerüchte über seinen Gesundheitszustand als eitle Sensationsmacherei bezeichnen. Die Krönung ist infolgedessen für Anfang August in Aussicht genommen, bis zu welcher Zeit sich Chamberlain von seinem „Cur“ wohl auch erholen haben wird. Die Einkünfte, die er sich bei der Garambolge mit seinem Baggage gehöhrt hat, scheint gut zu heißen, so daß er bald wieder bereitwillig sein wird. Man kann der Minister noch nicht an den Beratungen teilnehmen, die in London zur Zeit das größte politische Interesse für sich in Anspruch nehmen: handelt es sich doch dabei um nichts Geringeres als um den engeren Anschluß der britischen Kolonien an das Mutterland. Der Strafexpedition der Engländer gegen die Sultans und einige andere Negervölker, deren Haltung im Zurentrick zu Bedenken Anlaß gegeben hat, ist wohl nicht zu viel Gewicht beizulegen: Die Engländer sollten es nun genug des Autonomiegefühls sein lassen. Wohl aber ist die Meldung aus Bloemfontein interessant, daß der Kurator der ehemaligen Burenregierung sämtliche in seinen Händen befindliche Papiere, darunter auch die vertraulichen Berichte über die Beziehungen Krügers zu den auswärtigen Mächten, den Engländern übergeben hat. Da können unter Umständen nette Ueberraschungen zu Tage kommen! Hoffentlich nicht solche, die den einzelnen Mächten zu stark auf die Nerven fallen! Kn.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

* Von der Nordlandsfahrt des Kaisers wird unter dem gestrigen Datum aus Odde gemeldet: Der deutsche Kaiser empfing vormittags den früheren französischen Ministerpräsidenten Walde-Rousseau, der den Abend vorher an Bord der „Ariane“ in Odde angekommen war. Die übrige, auf der Nacht befindliche französische Gesellschaft waren für gestern Abend zur Abendtafel auf der Nacht „Hohenzollern“ geladen. - Von Seiten des kaiserlichen Gefolges wurden prächtige Kranzspenden am Denkmal des Zeithans in Halle niedergelegt. Am Vormittag hatte eine mit dem Dampf „Mira“ eingetroffene Beselgesellschafft von 21 Personen auf kaiserliche Einladung einen Besuch an Bord der „Hohenzollern“ ab. Die Stadt Odde und sämtliche Schiffe im Hafen tragen Flaggenschmuck.

* Während der Anwesenheit des Kaisers in Vosen wird die dortige Polizei um 180 Schussleute aus Berlin verstärkt werden.

* Der König von Dänemark, welcher auf seiner Reise von Genua nach Kopenhagen am Sonntagabend in Wien eintraf und übernachtete, hat infolge der Nachricht von dem Ableben seiner Schwäger, der Herzogin Friederike von Anhalt-Bernburg, die Weiterreise nach Kopenhagen aufgegeben und wird voraussichtlich nach Vallerstedt abreißen.

* Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind gestern zu einem auf der Tage berechneten Aufenthalt in St. Vlasten eingetroffen.

* Verschiedene Väter brachten die Meldung, Reichsminister Graf v. Bülow sei mit Gemahlin und mehreren Kindern zu mehrwöchigem Sommeraufenthalt nach Voderen abgereist und dort bereits eingetroffen. Diese Meldung ist falsch. Graf Bülow weilt noch in Berlin.

* Die Nachricht, daß der Oberbürgermeister von Posen, Wittig, demnachst sein Amt niederlegen und die Leitung einer der größten Banken Berlin übernehmen werde, ist nicht ganz korrekt. Wichtig ist aber, gutem Vernehmen nach, daß dort Wittig, dessen Amtszeit in einigen Monaten abläuft, eine Wiedererwahlung abgelehnt hat, und in die Direktion eines großen Berliner Finanzinstituts einzutreten.

* Der Landtagsabgeordnete für Querfurt-Bülow, Generalleutnant a. D. Heubrock, wurde gestern in Berlin von einer Drohnote umgeben, erlitt einen Schulterbruch und eine schwere Verletzung an der einen Schläfe, jedoch er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Zolltariffkommission

erledigte gestern den 8. und 9. Abschnitt des Zolltariffvertrags, welcher die Zölle für Gesteine und Fischwearen aus pfälzischen Stoffen und Weinen, Württen und Bielel enthält, erledigt und noch 8 Nummern des 10. Abschnitts (Waaren aus österreichischen und pfälzischen Schmelz- oder Formertstoffen) durchzusetzen.

Bei der Verhandlung über einen Gesamtvertrag Balkanstaaten, den Soll auf 120 Millionen an den Zolltariffvertrag hinaus von 2 auf 6 M. zu erhöhen, erklärte Graf Kanitz, daß ein neuer Handelsvertrag mit Österreich im höchsten Maße unwahrscheinlich sei. Deshalb dürfe die Kommission auf einen etwaigen Abschluß nicht eingehen, den Welchesoll gegen Österreich zu erhöhen. Die Kommission beschloß, diesen Zollfuß von 8 auf 4 M. zu erhöhen. Den Soll für Württen in Verbindung mit Wein oder Korn will die Regierungsvorlage von 24 auf 100 M. erhöhen. Die Sozialdemokraten verlangten Zollfreiheit, speziell für Zohnbittern. Abg. Dr. Müller ersagte forderte mit Rücksicht darauf, daß die Qualität der deutschen Zohnbitter weit hinter der französischen stehe, die Zollfreiheit, Zurechterhaltung des gegenwärtigen Zollfußes. Abg. Reich erklärte Zohnbitter für einen Luxus und meinte, diese könnten sehr wohl einen höheren Zoll als 100 M. vertragen. Die Benützung französischer Zohnbitter sei nur auf Zogen oder Mode zurückzuführen. Auch Abg. Baal meinte, die französische Zohnbitter sei ein Luxus. Er hält aber die japanische Konkurrenz noch für viel gefährlicher als die französische. Die Kommission beschloß nach der „Yell. Sta.“ entsprechend der Regierungsvorlage die Erhöhung des Sollfuß für Württen in Verbindung mit Wein oder Korn von 24 auf 100 M. Auch alle übrigen Tarifnummern, über die am Donnerstag verhandelt wurde, wurden entsprechend der Regierungsvorlage festgelegt. Abgelehnt wurde ein Antrag Baal's, die geschnittene und gebleichten Metallwaaren den Eisenwaaren gleichzustellen und mit 250 M. Zoll zu belegen. Regierungsvorlage beschlüssen diesen Antrag, weil Erhöhung unserer Einfuhr auf Metallwaaren könnte die beteiligten Staaten gesungen werden, für diesen Artikel freie Zollfüße an bestimmen. Der Antrag Baal's würde den Sollfuß auf das Doppelte steigern. - Darauf vertrage sich die Kommission bis zum nächsten Dienstag.

Politisches.

* Ein neues Urtheil des Papstes über Kaiser Wilhelm II. hat der Weltöffentlichkeit am Mittwoch in Vachen durch die Erklärung einer Ausstellung der Wagnere Weltöffentlichkeit. Bischoff Fischer erklärte, daß der Papst ihm bei einer Privataudienz vor 17 Jahren voll Bewunderung gesagt habe, Kaiser Wilhelm trage etwas von dem Geiste Karls des Großen in sich. Eine Bestätigung dieses Urtheils ertheilt der Bischoff in der Wagnere Rede des Kaisers Wilhelm, in der er jüngst sich selbst, sein Volk und sein Volk unter dem Schutze des Kreuzes gestellt habe. - Es ist bemerkenswert, wie die kirchlichen die kirchlichen Äußerungen auszubedenken verstehen.

* Die Kanalvorlage kommt wahrscheinlich in nächster Session nicht vor den Landtag. Bei der Beratung des Generals Budde an die Spitze des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ist, wie die „Neue Pol. Corr.“ aus zuverlässiger Quelle vernimmt, ausdrücklich die Kanalvorlage als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben seiner ministeriellen Thätigkeit bezeichnet worden. Staatsminister Budde hat geglaubt, diese Aufgabe jetzt übernehmen zu können, nachdem in den Annahmen darüber, welche Ziele in der Zukunft eine ministerielle Verkehrspolitik zu erfüllen hat, eine größere Klarung und Vertiefung eingetreten ist. Es ist jedoch sehr unvorsichtig, das die Vorlage schon in der nächsten Session den Landtag beschäftigen wird. - Das beschämte selbsteit!

* Dem bairischen Kultusminister Dr. v. Landmann ist aus Genua telegraphisch mitgeteilt worden, daß die Regierung der Württen die Württen angelegentlich dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten fest Satz und Tag vom Staatsministerium überhaupt nicht diskutiert werden ist.

* Die jüngste Note Russlands zur Brüsseler Konvention wird nicht ohne Erbitterung bleiben. Aus London verlautet, daß ein Ideenaustausch zwischen England, Österreich, Deutschland, Belgien Schwede behufs einer Verständigung über die Antwort auf die Note der russischen Regierung hinsichtlich deren Haltung gegenüber der Zuderkonvention. Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Standard“ erzählt, werde ein Sonderkongress die Einfuhr des russischen Zuders in allen Ländern, die auf der Brüsseler Zuderkonferenz vertreten waren, vorgeschlagen werden. - Und was wird Frankreich thun? - Aus Brüssel wird der „M. S.“ telegraphisch: Nach an guter Quelle eingeschungen Erkundigungen beschäftigt sich die belgische Regierung bisher noch nicht mit der Antwort auf die jüngste russische Note betr. den russischen Zudervertrag. Man glaubt hier, daß Russland schließlich, um den Zulufuß zu entgegen, dem Zuderexport beitreten werde.

